

KRIEGE UND IHRE FOLGEN

Die USA und ihre globalen Kriege: Zerstörung statt Aufbau

Die USA kritisieren? Noch immer zeigen die europäischen Länder Beißhemmung, nicht zuletzt Deutschland – eine Folge des Zweiten Weltkrieges. Aber die USA werden sehr wohl kritisiert, am schärfsten im eigenen Land. Einer ihrer ganz harten Kritiker ist der emeritierte Soziologie-Professor James Petras. Wir haben ihn in Lausanne getroffen und gebeten, aus der Sicht des kritischen US-Bürgers die Aussenpolitik der USA zu analysieren. Hier sein exklusiver Beitrag für die GAZETTE.

Von James Petras

In den Augen der meisten – und immer zahlreicher werdenden – Kritiker der US-amerikanischen Strategie der Weltführerschaft (World-Leadership) mit all ihren Militär-Interventionen sind die USA daran, ein „Reich“ aufzubauen: Empire-Building, wie sie das in ihrer Sprache nennen. Aber die Ansicht, die USA bauten ein Weltreich auf, um selbst unter Einsatz von Kriegen die internationalen Märkte abzuschöpfen, fremde Ressourcen zu plündern und die billige Arbeitskraft vor Ort auszubeuten, entspricht nicht der Realität der letzten zwei Dekaden. Die Kriege mit all den Invasionen, Bombardierungen, Besetzungen, Sanktionen, Überraschungscoups und verdeckten Aktionen haben nicht zu einer Markterweiterung, nicht zu besserer Kontrolle und zu profitabler Ausbeutung der Ressourcen und der billigen Arbeitskräfte geführt. Die Kriege haben im Gegenteil Unternehmungen zerstört, den Zugang zu den Rohstoffen erschwert, produktive Arbeitskräfte rund um die Welt vernichtet, verwundet oder doch vertrieben und darüber hinaus den Zugang zu lukrativen Investitionen mit Wirtschaftssanktionen limitiert.

Mit anderen Worten, die US-amerikanischen Militär-Interventionen haben weltweit das Gegenteil dessen erreicht, was all die vorhergehenden Groß- und Kolonialmächte angestrebt hatten. Washington hat die *eigene* Wirtschaft ausgebeutet und zerstört, statt sie zu bereichern – zugunsten rein militärischer Macht außerhalb der USA.

Zu erklären, warum und wie sich die Kriege der USA von jenen früherer Kolonialmächte unterscheiden, verlangt von uns die Analyse erstens der hinter der Expansion stehenden Triebkräfte, zweitens der Eroberungskonzepte – die Machtergreifung und Ersetzung der machthabenden Führungsleute – , und drittens der Reorganisation der eroberten Staaten und der damit einhergehenden wirtschaftlichen und politischen Strukturverände-



James Petras, Bartle Professor (Emeritus) für Soziologie an der Binghamton University New York. (Photo cm / 2014)

rungen zur langfristigen Erhaltung neokolonialer Verhältnisse.

„Empire-Building in der Vergangenheit“

Europa hat dauerhafte, profitable und umfassende „Reiche“ aufgebaut, die ihre Mutterländer bereichert und die lokale Industrie stimuliert haben, die Arbeitslosigkeit reduzieren konnte und den Wohlstand in Form von höheren Löhnen von den privilegierten Schichten auch in die Arbeiterklasse hinunter gebracht haben. Den militärischen Expeditionen war immer der Eintritt von großen Handelsgesellschaften vorausgegangen – man denke etwa an die *British East India Company* – und es folgten ihnen immer große Produktionsgesellschaften, Banken und andere Unternehmungen. Militärische Invasionen und politische Übernahmen waren getrieben von der Konkurrenz der wirtschaftlichen Rivalen in Europa, später auch in den USA und in Japan.

Das Ziel von militärischen Interventionen war die Erlangung der alleinigen Herrschaft über die äußerst lukrativen Ressourcen und Märkte in den kolonisierten Gebieten. Imperiale Unterdrückung war ausgerichtet auf die Entwicklung einer gefügigen Tieflohn-Arbeiterschaft und die Stärkung untergeordneter lokaler Geschäftspartner und kooperierender Stellen, die das Gewinnmachen, die Schuldentrückzahlung, die Steuern und die Rückführung der Gewinne in das heimische Reich, sprich: ins Mutterland, erleichterten.

Imperiale Kriegführung war der Anfang, nicht das Ende des Aufbaus, des „Empire-Building“. Was den Eroberungsfeldzügen folgte, war die Einsetzung von schon bestehenden Eliten in untergeordnete Positionen der Verwaltung des eroberten Landes. Das Aufteilen der Erlöse zwischen den imperialen Wirtschaftsunternehmen und den schon bestehenden Eliten vor Ort war ein substanzieller Bestandteil des Aufbaus. Die imperialen Mächte suchten die vorgefundenen religiösen, politischen und wirtschaftlichen Eliten zu instrumentalisieren und machten sie sich gefügig. Bereits bestehende wirtschaftliche Aktivitäten, lokale Produktions- und Landwirtschaftsbetriebe, die mit den imperialen Exporteuren konkurrierten, wurden zerstört und ersetzt durch gefügte Händ-

ler und Käufer. In der Summe war die militärische Dimension des „Empire-Building“ gesteuert von den wirtschaftlichen Interessen des Mutterlandes. Die Besetzung eines Landes war in hohem Masse abhängig von der Erhaltung der lokalen, kooperationswilligen Kräfte, und sie bezweckte vor allem die Erhaltung und Ausweitung der Nutzung lokaler Ressourcen und billiger Arbeitskräfte. Und natürlich galt es, die lokalen Märkte mit Produkten aus dem Mutterland beliefern zu können.

„Empire-Building“ heute

Die Folgen der jetzigen US-amerikanischen Interventionen und Invasionen stehen in totalem Kontrast zu jenen vergangener Kolonialmächte. Die Ziele militärischer Angriffe werden aufgrund von politischen und ideologischen Kriterien ausgewählt. Die Militäraktionen folgen nicht der Führung von Wirtschafts-Pionieren und -Unternehmen, wie etwa der *British East India Company*. Die militärische Aktion wird nicht begleitet von langfristig operierenden kapitalistischen Gesellschaften. Die multinationalen Bauunternehmungen, die die großen US-Militärbasen bauen dürfen, bewirken de facto *einen Abfluss von Geld* aus den Schatzkammern der USA.

Die heutige US-Intervention sucht nicht, den bestehenden militärischen und zivilen Staatsapparat zu erhalten und mit ihm zusammenzuarbeiten. Heute zerstückeln die Invasoren den eroberten Staat, dezimieren die Kader, die Experten und Fachkräfte auf allen Ebenen. Damit erleichtern sie den politischen Eintritt von extrem rückwärtsgerichteten, ethno-religiösen, regionalen Stammesfürsten und Clan-Anführern, die sich in intra-ethnischen, sektiererischen Kriegen gegenseitig bekämpfen. In anderen Worten: Es entsteht ein Chaos. Selbst die Nazis wählten in ihrer expansiven Phase den Weg des Führens eroberten Gebiete in Zusammenarbeit mit den lokalen Eliten und hielten die etablierten Verwaltungsstrukturen aufrecht.

Bei den US-Invasionen der letzten Zeit wurden die ganzen sozio-ökonomischen Strukturen nicht übernommen, sondern im Gegenteil unterminiert: Jede produktive Tätigkeit wurde den militärischen Prioritäten unterworfen, die Befehlshaber neigten konstant dazu, das eroberte

Land und seine entwickelten Wirtschafts-, Verwaltungs-, Bildungs- und Sozialbereiche aus dem stabilen Gefüge zu kippen. Während diese militärische Strategie kurzfristig Erfolg bringt, sind die mittel- und langfristigen Folgen Staaten, die nicht mehr funktionieren. Damit geht aber auch ein nachhaltiger Zugang zu den Märkten des Landes und deren Ausweitung für den Aufbau verloren. Stattdessen haben wir eine ganze Reihe von US-Militärbasen, umgeben von einem Meer von feindseligen, meist arbeitslosen Menschen und von sich gegenseitig bekämpfenden ethnisch-religiösen Gruppierungen in zerstörten Wirtschaften.

Die USA behaupten, ihre Weltführerschaft beruhe ausschließlich auf dem Aufbau gescheiterter Staaten. Trotzdem ist die Dynamik, in immer neue Regionen zu expandieren, militärisch und politisch zu intervenieren und neue, abhängige Staaten zu schaffen, ungebrochen. Und, besonders wichtig, diese expansive Dynamik untergräbt auch die Interessen der heimischen Wirtschaft, die, theoretisch und auch historisch, die Basis eines „Empire“ ist. Dafür haben wir jetzt einen Imperialismus ohne jeden Aufbau, einen Blutsauger-Staat („vampire state“), der im Laufe der Zeit seine eigenen Kinder verwundet und auffrisst.

Ausbeutung statt Aufbau

Durch die ganze Geschichte hindurch haben die Weltmächte politische Macht an sich gerissen und den Reichtum und die Ressourcen der anvisierten Regionen ausgebeutet: Material und Menschen. Mit der Zeit aber versuchten sie eine „Arbeitsbeziehung“ entstehen lassen, um den stetig wachsenden Wohlstand im Mutterland und die expansive Präsenz von Unternehmungen in der Kolonie abzusichern. Die heutigen militärischen Interventionen aber haben, sichtbar nach allen der letzten größeren militärischen Besetzungen und Eroberungen, den gegenteiligen Effekt.

Irak: die gierige Plünderung

Unter Saddam Hussein war die Irakische Republik für die meisten namhaften Öl-Gesell-

schaften ein größerer Ölproduzent und ein profitabler Partner, aber auch ein lukrativer Markt für US-amerikanische Exporte. Es war ein stabiler, geeinigter, säkularer Staat. Der erste Golfkrieg in den 1990er Jahren führte zur ersten Phase der Aufsplitterung und der de-facto-Etablierung eines kurdischen Mini-Staates im Norden des Iraks unter US-Protektion. Die USA zogen ihre Streitkräfte wieder ab, auferlegten dem Land aber brutale Wirtschaftssanktionen, die den Wiederaufbau von den Verwüstungen des ersten Golfkrieges behinderten. Die zweite US-Invasion und vollständige Besetzung des Landes im Jahr 2003 zerstörte die Wirtschaft und demontierte den Staat durch die Entlassung von Zehntausenden von erfahrenen zivilen Beamten, von Lehrern und Polizisten. Dies führte zu einem heillosen sozialen Kollaps und schürte ethnisch-religiöse Kriegsführung, die wiederum zum Tod, zur Verletzung oder zur Vertreibung von Millionen von Irakern führte. Das Resultat von George W. Bushs Eroberung von Bagdad war *ein gescheiterter Staat*. Die US-amerikanischen Öl- und Energie-Gesellschaften verloren Milliarden von Dollars an Handel und Investitionen und die US-Wirtschaft fiel in eine Rezession.

Afghanistan: endlose Kriege, endlose Verluste

Der Krieg der USA gegen Afghanistan begann 1979 mit der Bewaffnung, der Finanzierung und auch der politischen Unterstützung der islamistischen Dschihad-Fundamentalisten. Diese demontierten und zerstörten erfolgreich eine säkulare nationale Regierung. Mit dem Entscheid, im Oktober 2001 in Afghanistan einzumarschieren, wurden die USA zu einem Besetzer von Südwest-Asien. Die folgenden 13 Jahre versuchten das Marionetten-Regime von Hamad Karzai und die NATO-Koalitionstruppen vergeblich, die Taliban-Widerstandskämpfer zu besiegen. Milliarden von Dollars wurden ausgegeben, um letztlich die Wirtschaft zu zerstören und die riesige Mehrheit von Afghanen verarmen zu lassen. Nur gerade der Opium-Handel florierte. Alle Bemühungen, eine dem Marionetten-Regime gegenüber loyale Armee zu schaffen, scheiterten. Der erzwun-

gene Rückzug der US-Streitkräfte ab 2014 kennzeichnet das bittere Ende des „Empire-Building“ in Südwest-Asien.

Libyen: vom lukrativen Handelspartner zum gescheiterten Staat

Libyen entfaltete sich unter Präsident Gaddafi zu einem immer bedeutenderen US-amerikanischen und europäischen Handelspartner und zu einer namhaften Stimme in Afrika. Das Regime schloss umfangreiche, langfristige Verträge mit internationalen Öl-Gesellschaften ab, die durch die stabile, säkulare Regierung abgesichert waren. Die Beziehungen zwischen Libyen und den USA und Europa waren durchwegs profitabel. Dann entschieden sich die USA für einen Regime-Wechsel und erzwangen ihn durch massive Raketen-Einsätze und Bombardierungen und durch die Bewaffnung einer zusammengewürfelten Gruppe von islamistischen Terroristen, ausgewanderten Neoliberalen und Milizen von anderen Stämmen. Während diese Angriffe zum Tod Gaddafis und des Großteils seiner Familie (inklusive etlicher seiner Enkelkinder) und zur Zerstörung der säkularen libyschen Regierung und deren Verwaltungsinfrastruktur führte, wurde das Land durch Konflikte zwischen den Warlords verschiedener Stämme, durch politische Desintegration und einen heillose Kollaps der Wirtschaft auseinandergerissen. Die Öl-Investoren verließen das Land. Über eine Million Libyer und eingewanderte Arbeiter wurden vertrieben. Die USA und ihre EU-Partner beim „Auswechseln des Regimes“ verließen sogar ihre eigenen Botschaften in Tripolis, während das libysche Parlament von einem exterritorialen Casino-Boot aus operiert. Keine dieser Zerstörungen wäre unter Präsident Gaddafi möglich gewesen. Der US-Vampir saugte seine neue Beute, Libyen, aus, konnte das Land aber nicht mehr zu einem neuen, profitablen Wiederaufbau führen. Nicht nur die Ölquellen gingen verloren, auch die Ölexporte fielen weg. Nicht einmal eine Militärbasis konnte in Nordafrika noch eingerichtet werden.

Syrien: Kriege im Namen von Terroristen

Washington und seine europäischen Alliierten unterstützten einen bewaffneten Aufstand in Sy-

rien, hoffend, eine Marionetten-Regierung installieren zu können und damit Damaskus ins eigene „Empire“ zu überführen. Die Angriffe der Söldner haben den Tod von beinahe 200'000 Syrern verursacht, die Vertreibung von über 30 Prozent der Bevölkerung und die Besitzergreifung der syrischen Ölfelder durch die sunnitische Extremisten-Armee ISIS (heute IS). IS hat die proamerikanische Söldner-Armee dezimiert und Tausende von Terroristen von überall auf der Welt rekrutiert und bewaffnet. Sie marschierte im benachbarten Irak ein und besetzte das nördliche Drittel dieses Landes. Letztlich ist es das Resultat der vorsätzlichen Zerstörung des irakischen Staates im Jahr 2003.

Die US-Strategie ist, einmal mehr, islamistische Extremisten zu bewaffnen, um das säkulare Regime von Bashar Assad in Damaskus zu stürzen und ihn durch einen gefügigeren „Klienten“ zu ersetzen. Diese Strategie fällt wie ein Bumerang auf Washington zurück. IS hat die ineffizienten Streitkräfte des Maliki-Regimes in Bagdad und die von Amerika stark überschätzten Peshmerga-Stellvertreter-Krieger in Iraks Kurdistan zerstört. Washingtons Söldner-Krieg in Syrien hat das „Empire“ bisher auch nicht vergrößert, im Gegenteil, er schwächte sogar bestehende imperiale Außenposten.

Die ukrainische Staatsstreich, russische Sanktionen und das „Empire-Building“

Im Nachgang des Kollapses der UdSSR inkorporierten die USA und die EU die exkommunistischen baltischen, osteuropäischen und Balkan-Staaten in ihren machtpolitischen Dunstkreis. Dies verletzte klar wichtige Abmachungen mit Russland, indem die meisten neoliberalen Regimes auch in die NATO inkorporiert wurden und die NATO-Streitkräfte nun bis an die Grenze Russlands stationiert sind. Während des korrupten Regimes von Boris Jelzin in Moskau plünderte der Westen regelrecht die russische Wirtschaft – in Zusammenarbeit mit lokalen Gaunern, den Oligarchen, die nicht selten eine EU- oder die israelische Staatsbürgerschaft angenommen haben und so ihren zusammengestohlenen Besitz in Sicherheit bringen konnten. Der Niedergang von Jelzins Vasallenre-

gime und der Aufstieg und die Erholung Russlands unter Vladimir Putin veranlassten die USA und die EU zur Strategie, ihr „Empire“ durch Besetzung des Kaukasus und der Ukraine zu festigen und auszudehnen. Ein Macht- und Staatsstreich der Marionetten-Regierung in Georgia, die im Jahr 2012 die russischen Streitkräfte in Ossetia angriff, wurde entschieden zurückgeschlagen. Doch dies war ja nur die Generalprobe für den Coup in Kiew. Im späten Jahr 2013 und frühen 2014 finanzierten die USA einen gewalttätigen Putsch, mit dem die gewählte Regierung vertrieben wurde und ein handverlesener pro-NATO-Kandidat die Macht in Kiew übernehmen konnte.

Das neue pro-USA-Regime beeilte sich, alle unabhängigen, demokratischen, föderalistischen, zweisprachigen und anti-NATO-Stimmen zu vertreiben, speziell unter der zweisprachigen Bevölkerung in der Südost-Ukraine. Der Coup und die daraus resultierenden Säuberungen bewirkten einen grösseren bewaffneten Aufstand im Südosten des Landes, der der Armee und den NATO-unterstützten Neonazi-Privatarmeen einiger Oligarchen erfolgreich zu widerstehen vermochte. Das Scheitern des Kiewer Regimes, die Widerstandskämpfer in der Region Donbass zu überwinden, resultierte in einer mehrschichtigen USA-EU-Intervention, die darauf ausgerichtet war, den Widerstand zu isolieren, zu schwächen und zu unterminieren. Zuerst und vor allem drängten die USA und die EU Russland, seine Grenzen in der Südost-Ukraine, wo Hunderttausende von ukrainischen Zivilisten den Bombardierungen nach Russland zu entfliehen suchten, zu schliessen. Dann verhängten die USA und die EU Wirtschaftssanktionen gegen Russland mit dem Ziel, dessen politischen Support der demokratischen und föderalistischen Forderungen der südostukrainischen Region schwächen zu können.

Schliesslich nutzten die USA und die EU den ukrainischen Konflikt als Vorwand für eine massive militärische Konzentration an den russischen Grenzen, für den Aufbau weiterer NATO-Raketenbasen und für die Schaffung einer Schnell-Eingreif-Elitetruppe, die in der Lage ist, ein zögerliches Marionetten-Regime zu schützen oder auch einen künftigen NATO-freundlichen Putsch gegen irgendwelche Gegner zu unterstützen.

Das Kiewer Regime ist wirtschaftlich bankrott. Sein Krieg gegen die eigenen zivilen Staatsbürger hat die ukrainische Wirtschaft zerstört. Hunderttausende von begabten Berufsleuten, Arbeitern und deren Familien sind nach Russland geflohen. Kiews Umarmung der EU hat zum Zusammenbruch der lebensnotwendigen Gas- und Öl-Abkommen mit Russland geführt: zur Unterminierung von der Ukraine wichtigster Quelle von Energie und Heizung, nur Monate vor dem nahen Winter. Kiew kann seine Schulden nicht zahlen und ist konfrontiert mit dem Problem der Nichteinhaltung von Abkommen. Die Rivalität zwischen Neofaschisten und Neoliberalen in Kiew wird das Regime weiter erodieren lassen. In der Summe hat der Staatsstreich der USA und der EU in der Ukraine nicht zu einer Ausweitung des „Empire“ geführt; vielmehr hat es die totale Zerstörung eines neu aufblühenden Marktes eingeleitet und eine scharfe Umkehr der Finanz-, Handels- und Investment-Beziehung zu Russland und der Ukraine verursacht. Die Wirtschaftssanktionen gegen Russland verschärfen ausserdem die gegenwärtige Wirtschaftskrise der EU. Die kriegstreibende Haltung in Richtung einer militärischen Konfrontation mit Russland wird zu einer Steigerung der Militärausgaben in den Staaten der EU führen und von den knappen wirtschaftlichen Ressourcen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und für Sozialprogramme weitere Summen binden. Der Verlust von wichtigen EU-Landwirtschafts-Exportmärkten wie auch der Verlust von Rüstungsdeals mit Russland in Höhe von mehreren Milliarden Euro wird das „Empire“ als Wirtschaftsmacht eher schwächen als stärken oder gar ausweiten.

Iran: 100 Milliarden Dollar Strafsanktionen schaffen kein Empire

Die US/EU-Sanktionen gegen Iran tragen, politisch und wirtschaftlich, ein Preisschild, auf dem eine sehr hohe Zahl steht. Die Sanktionen tragen nichts bei zu einem „Empire“, wenn wir unter „Empire“ die Ausweitung internationaler Zusammenarbeit verstehen, den leichteren Zugang zu Öl- und Gas-Ressourcen, um zuverlässige und günstige Energie auch für die eigene Wirtschaft sicherzustellen.

Der Wirtschaftskrieg gegen den Iran entstand auf Geheiss der US-Alliierten, inklusive der Golf-Monarchien und vor allem auch Israels. Sie alle sind zweifelhafte „Alliierte“ für das US-Empire, weitherum beschimpfte Potentaten und ein rassistisches Regime, die es aber schaffen, von der Macht des „Empire“ zu profitieren.

In Afghanistan, im Irak und auch anderwo hat der Iran seine Bereitschaft gezeigt, in puncto Macht und Einfluss mit den US-amerikanischen Interessen zu kooperieren. Aber wie auch immer, Iran ist eine regionale Macht, die nicht bereit ist, sich zu unterwerfen und zu einem Vassallenstaat der USA zu werden. Die Wirtschaftssanktionen haben weder einen Aufstand der iranischen Massen bewirkt noch haben sie zu einem Führungswechsel geführt. Die Wirtschaftssanktionen haben Iran nicht in der Masse geschwächt, dass das Land ein leichtes Ziel für eine militärische Aktion geworden ist. Weil sie die iranische Wirtschaft aber sehr wohl geschwächt haben, waren sie letztlich auch gegen jede langfristige Strategie des „Empire-Building“, da Iran gleichzeitig seine Banden zu den US-Rivalen Russland und China gestärkt hat.

Schlussfolgerungen

Wie dieser kurze Überblick zeigt, die US/EU-Kriege haben nichts zu einem „Empire“ beigetragen, weder im konventionellen noch im historischen Sinn. Im besten Fall haben sie einige Feinde des eigenen „Empire“ zerstört. Aber es waren alles Pyrrhus-Siege. Der Sturz eines Regimes und der daraus resultierende systematische Zerfall des Staates haben gewaltige chaotische Kräfte entfesselt, die jede Chance zerstört haben, stabile, neokoloniale Regimes zu installieren, die fähig wären, ihre Gesellschaften zusammenzuhalten und die Möglichkeit offen zu lassen, durch imperiale wirtschaftliche Ausbeutung Reichtum zu schaffen.

Im besten Fall haben die US-Kriege militärische Aussenposten entstehen lassen, feindliche Inseln in einem Meer von verzweifelten und feindseligen Menschen. Die imperialistischen Kriege haben standhafte Widerstandsbewegungen hervorgerufen, ethnische Bürgerkriege und terroris-

tische Organisationen, mit drohenden Rückwirkungen auch auf die USA selbst.

Die leichte Übernahme der ehemals kommunistischen Länder durch die USA und die EU, meist via Wahlurne oder „farbige“ Revolutionen, haben zur Übernahme grosser nationaler Reichtümer und gut ausgebildeter Fachkräfte geführt. Wie auch immer, die blutigen euroamerikanischen Kampagnen zum Einmarsch und zur Eroberung des Mittleren Ostens, Südasiens, Nordafrikas und des Kaukasus haben alptraumartig *gescheiterte Staaten* hinterlassen, verbunden mit permanentem Geldabfluss und mit der Aussicht auf permanente Besetzung und Kriegsführung.

Die unblutige Übernahme der osteuropäischen ehemaligen Satellitenstaaten mit deren kulanten und korrupten Eliten ist vorbei. Das 21. Jahrhundert mit dem Verlass auf militärische Strategien kontrastiert scharf zur erfolgreichen multilateralen kolonialen Expansion des 19. und 20. Jahrhunderts, als wirtschaftliche Durchdringung und grossflächige wirtschaftliche Entwicklung die militärischen Interventionen und den politischen Wechsel begleitet haben. Die heutigen imperialen Kriege verursachen Zerfall und Elend in der eigenen Wirtschaft ebenso wie anhaltende Kriege und endlosen Geldabfluss.

Die gegenwärtige militärische Expansion in die Ukraine, die Einkreisung Russlands, die NATO-Raketen ganz nahe am Herz einer Nuklearmacht und die Verhängung von Sanktionen mögen sogar zu einem nuklearen Weltkrieg führen, der dann allerdings dem militaristischen „Empire-Building“ auch ein definitives Ende setzt – und damit auch der ganzen Menschheit.

Präsident Obama, der Empfänger des Nobel-Friedenspreises, war in sechs Jahren in sieben Kriegen engagiert. Als Senator opponierte er dem Einmarsch in den Irak. Im präsidentialen Office allerdings liess er den Krieg eskalieren. Washingtons Behauptung, dass seine Kriege zu Frieden führen, ist mehr Orwellsches Denken als Realität. Kriege führen nicht zu Frieden. Kriege führen zu noch mehr Kriegen und zu noch mehr Zerstörungen.



Buch, hätte den geschehenen Ungeheuerlichkeiten ein weiteres Unrecht hinzugefügt.“ Gerade aber in diesem Fragmentarischen ist das Buch sehr dicht, sehr poetisch – und so flüchtig die Erinnerungsfetzen an seine Verwandten auch sein mögen, so einprägsam sind sie. So zeigt

das Umschlagbild das Arm-band, das seine Schwester Monique im Mai 1943 zur Geburt geschenkt bekam – drei Monate später wurde der Säugling mit der Mutter deportiert. Bis heute existiert nicht einmal ein Totenschein. Und ganz nebenbei erfährt der Leser viel über jene

sephardischen, frankophonen Juden aus der Türkei, die in den 1920er Jahren nach Frankreich übersiedelten, in der Hoffnung auf ein besseres Leben.

Also alles längst gesagt? Beide Bücher zeigen: Noch lange nicht.

Stefanie Oswald

Autoren und Fotografen

Dieter Brauer arbeitete vier Jahre als DAAD-Lektor in Nigeria, danach leitete er die englischen Sendungen der Deutschen Welle für Afrika. Er war 25 Jahre lang Chefredakteur der entwicklungspolitischen Zeitschrift „Development and Cooperation“.

Fritz Glunk, Dr. phil., arbeitete viele Jahre weltweit für die Goethe-Institute, schrieb Biografien über Dante und Proust und ist der Gründungsherausgeber der GAZETTE.

Eva Herold ist Journalistin und Bloggerin. Ihre GAZETTE-Glossen erschienen unter dem Titel „Sind Hunde die besseren Lebensgefährten? & andere fundamentale Frauenfragen“.

Pia Johanna Jaeger, Politologin, lebt seit 2012 in Cambridge/England und arbeitet an ihrer Promotion zum Themenbereich der Sozialen Gerechtigkeit. Sie ist Mitglied der GAZETTE-Redaktion.

Peter Köpf studierte Politik- und Kommunikationswissenschaften sowie Neuere Deutsche Literatur in München. Er ist Chefredakteur englischsprachiger Monatszeitungen der Times-Media-Gruppe, darunter „The German Times“ und „The Atlantic Times“. Er lebt in Berlin.

Christian Müller, Dr. phil., Studium (Geschichte, Staatsrecht, Germanistik) an der Universität Zürich, Zusatzstudium in Betriebswirtschaft an der Universität St. Gallen. 25 Jahre Journalismus und Redaktion, 20 Jahre Verlagsmanagement. Er ist seit 2014 Chefredakteur der GAZETTE.

Jürg Müller-Muralt war nach seinem Studium (Geschichte und Philosophie) Redakteur und Ressortleiter an der Berner Tageszeitung „Der Bund“. Er schreibt regelmässig für DIE GAZETTE.

Stefanie Oswald, Dr. phil., studierte Geschichte, Germanistik und Jüdische Studien. Sie arbeitet in Berlin als freie Journalistin (u.a. Deutschlandradio, rbb) und Autorin. Sie ist Mitglied der GAZETTE-Redaktion.

James Petras ist emeritierter Professor für Soziologie an der Binghampton University in New York. Er schrieb zahlreiche Bücher, es gibt sie in 29 Sprachen.

Peter Prassek, Studium in Philosophie und Germanistik, arbeitet hauptberuflich seit 1993 im Auswärtigen Amt in Berlin, wo er sich schwergewichtig mit Europafragen beschäftigt. Seit zehn Jahren fotografiert er verlassene Orte vor allem in und um Berlin und im Ruhrgebiet.

Detlef Ruge war seit 1970 Kameramann im Südwestrundfunk Baden-Baden. Seit seinem Übertritt in die Rente lebt er in Baden-Baden und Berlin, vor allem aber immer noch jedes Jahr auf Weltreise.

Markus Schönherr lebt seit vier Jahren in Kapstadt. Er berichtet als Korrespondent für das Luxemburger Wort (Luxemburg), die Aargauer Zeitung (Aarau) und die KNA-Nachrichtenagentur (Bonn). In Deutschland erschienen seine Beiträge u.a. in der Welt und in der Süddeutschen Zeitung.

Rudolf Schröck arbeitet als Journalist, Dozent an der Deutschen Journalistenschule München und Autor von Biografien. Er lebt in München und ist Stellvertretender Chefredakteur der GAZETTE.

Rudolf Walther, Dr. phil., Studium in Basel (Geschichte, Philosophie), Promotion in Frankfurt, wo er seit 1972 lebt. 18 Jahre lang Autor und Redakteur des Lexikons „Geschichtliche Grundbegriffe“. Schreibt regelmässig für die GAZETTE.

Impressum

DIE GAZETTE
KASTNER AG – das medienhaus
Schloßhof 2 – 6, D-85283 Wolnzach
Tel. +49(0)8442 9253-0
Fax +49(0)8442 2289
www.gazette.de
GRÜNDUNGSHERAUSGEBER: Dr. Fritz R. Glunk
CHEFREDAKTEUR: Dr. Christian Müller (Tel. +41 793005444,
E-Mail: christian.mueller@gazette.de)
STELLVERTRETENDER CHEFREDAKTEUR: Rudolf Schröck
REDAKTION: Pia Jaeger (London-Korrespondentin),
Dr. Stefanie Oswald (Berlin-Korrespondentin)
LAYOUT: Thomas Schwald
REDAKTIONSBEIRAT: Eva Herold-Münzer, Volker Isfort,
Andreas Odenwald, Nikolai Podak, Piero Salabè, Dr. Gernot
Sittner, Christiane Wimmer, Frank T. Zumbach

ANZEIGEN: Ulrike Neumann
Tel. +49(0)8442 9253-645, E-Mail: uneumann@kastner.de
Preisliste 8, gültig seit 1. Januar 2014

ABO- UND EINZELHEFTBESTELLUNG:
KASTNER AG – das medienhaus
z. Hd. Frau Bartosch (tgl. 8–12 Uhr)
Tel. +49(0)8442 9253-641, Fax +49(0)8442 2289
E-Mail: lettershop@kastner.de

ERSCHEINT vierteljährlich.
Einzelheft D: € 9,-; CH: CHF 14,-; übriges Ausland: € 11,-
Jahres-Abo D: € 32,-; CH: CHF 50,-; übriges Ausland: € 38,-
Studentenabo D: € 20,-; CH: CHF 35,-; übriges Ausland: € 25,-
jeweils inkl. Versand.

Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden.

VERLAG, DRUCK UND VERTRIEB: KASTNER AG – das medienhaus